



INTERNATIONALES
BRUCKNERFEST LINZ
2013

Ruth Wodak

**Europäische Identitäten.
Nationalismen und (Sprach-)Barrieren.**

Festrede zur Eröffnung des
Internationalen Brucknerfestes Linz 2013

BRUC
KNER
HAUS

Ruth Wodak
Europäische Identitäten.
Nationalismen und (Sprach-)Barrieren.

Festrede zur Eröffnung des
Internationalen Brucknerfestes Linz 2013

Sehr geehrte Festgäste! Sehr geehrte Damen und Herren!

Vielen Dank für die ehrenvolle Einladung zu diesem Festvortrag. Das Thema „Europäische Identitäten. Nationalismen und Sprachbarrieren“ ist angesichts der vielen widersprüchlichen globalen und europäischen, ja sogar regionalen Entwicklungen nicht ganz zufällig entstanden. Zurzeit unterrichte ich nämlich in Nordengland an der Lancaster University, knapp südlich der *Hadrian's Wall*, vielleicht der künftigen Grenze zwischen England und Schottland. Ich beobachte und erlebe daher Identitätskonstruktionen, Identitätskonflikte und entsprechende Sprachbarrieren sowohl von außen, wenn ich von Lancaster nach Wien und auf den sogenannten *Continent* oder – wie manche Engländer zu sagen pflegen – *overseas* blicke, wie auch von innen, innerhalb von Großbritannien und vor dem mit Spannung erwarteten Referendum zur schottischen Selbstständigkeit. Natürlich beobachte ich gleichzeitig Österreich: sowohl von innen wie von außen.

Sprachbarrieren bestehen nicht nur zwischen Nationalsprachen, also zwischen Deutsch, Englisch, Polnisch oder Kroatisch. Sprachbarrieren bestehen auch bei mangelndem Verstehen innerhalb einer Sprache oder bei der Unmöglichkeit, zwischen verschiedenen Positionen und Interessen innerhalb der Europäischen Union zu vermitteln: etwa zwischen den „Kernländern“ einerseits, dem erweiterten Kreis von Mitgliedsländern andererseits; zwischen Nord und Süd, kleinen und großen, reichen und armen Ländern; zwischen Schengen und Nicht-Schengen; zwischen „altem“ und „neuem“ Europa; und auch zwischen Euro-Ländern und Ländern ohne Euro; Ländern, die bei der NATO sind, und solchen, die es (noch) nicht sind; usw. Angesichts all dessen stellt sich die Frage: Quo vadis, Europa? Also, wohin gehst du, Europa? Noch deutlicher: Wohin willst du gehen? Vielleicht auch: Wohin sollst du gehen?

Lassen Sie mich mit einigen persönlichen Erlebnissen beginnen: Seit vielen Jahren verbringe ich meinen Urlaub auf einer kroatischen Insel in der Nähe von Zadar. Immer wieder zieht es mich in den Süden, wo ich schon als Kind mit meinen Eltern jedes Jahr den Sommer in Dalmatien, in Dubrovnik, Rovinj oder Korčula verbringen durfte – damals noch in Jugoslawien. Heuer war vieles

anders, denn zum ersten Mal mussten wir nicht lange an der Grenze warten, wir wurden praktisch durchgewunken; denn: Kroatien ist mit 1. Juli der 28. Mitgliedsstaat der Europäischen Union geworden und Kroatisch damit zur 24. offiziellen Sprache der Europäischen Union.

Wir hatten die Gelegenheit, mit vielen Menschen, die wir seit Jahren an unserem Urlaubsort kennen, über den Beitritt zu sprechen und zu diskutieren; häufig übrigens auf Deutsch, da diese als ehemalige GastarbeiterInnen in den 1960er- und 70er-Jahren gut Deutsch gelernt hatten: über ihre Befürchtungen, Wünsche und Hoffnungen. Wie nicht anders zu erwarten, fürchten viele eine Teuerung. Andere freuen sich über die ihnen nun offenstehende Mobilität und potenzielle Arbeitsplätze an anderen Orten innerhalb der EU. Und wieder andere trauern Jugoslawien, als einstigem ideologischem und nationalem Zusammenhalt, nostalgisch nach – „damals, als alles noch besser war“! Manche hingegen befürchten den Verlust nationaler Souveränität, während andere befreundete Nachbarn meinten, man müsse ja den globalen Kräften endlich etwas entgegensetzen – nämlich ein geeintes Europa; ansonsten bestünde die Gefahr, von den USA, einem erstarkten Südamerika, China, Russland, Indien oder Afrika überrollt zu werden. Die Europäische Union also als gewaltige Projektionsfläche für ganz widersprüchliche Erwartungen, Hoffnungen, Befürchtungen und Ängste, die natürlich auf kollektiven und auch individuellen, oft überlieferten Erfahrungen beruhen.

Kann man also diese Entwicklung als eine große Erfolgsstory der Europäischen Union begreifen? Fast 20 Jahre nach Ende des schrecklichen Krieges und Genozids am Balkan, eines Krieges in Europa – also vor unserer Haustür. Die Europäische Union als Friedensprojekt, wie von Churchill oder Schuman herbeigesehnt, also gelungen? Hat die Europäische Union den Friedensnobelpreis zu Recht erhalten? Können wir uns jetzt auf den Lorbeeren ausruhen?

Oder ist der Friedensnobelpreis angesichts der riesigen Herausforderungen durch die Finanz- und Eurokrise, der wachsenden Nationalismen und Rassismen innerhalb der Mitgliedsstaaten als wichtige Mahnung zu verstehen? Als Mahnung, sich der europäischen Friedensmission, der – wie der offizielle Sprecher Thorbørn Jagland es in Oslo am 10. Dezember 2012 anlässlich der Nobelpreisfeier formulierte – grenzüberschreitenden Solidarität und grundlegender, in der Europäischen Verfassung festgeschriebener Menschenrechte verstärkt und konsequent zu besinnen? Und natür-

lich auch danach zu trachten, diese Menschenrechte zumindest in den europäischen Mitgliedsstaaten durchzusetzen und zu überwachen?

In meinen heutigen Ausführungen kann ich natürlich nicht alle Aspekte europäischer Identitätskonstruktionen, die vielen nationalen und transnationalen Narrative und deren Wandel im Detail erfassen. Vielmehr will ich hier vor allem vier Widersprüche aufzeigen, mit denen wir alle und die Politik insbesondere konfrontiert sind.

Zum besseren Verständnis darf ich an den Beginn der Europäischen Union und an die damals explizit genannten europäischen Werte erinnern: Gegründet wurde der Vorläufer der Europäischen Union – damals noch als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951 bzw. als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durch die Römischen Verträge 1957 – mit einer expliziten Friedensmission nach dem Zweiten Weltkrieg.

Winston Churchill bekannte sich in einer oft zitierten Rede am 19. September 1946 an der Universität Zürich eindeutig zu einer europäischen Gemeinschaft (interessanterweise im Gegensatz zur heutigen allseits vernehmbaren britischen Ambivalenz; Großbritannien trat übrigens erst 1973 der EU bei!) – ich zitiere den übersetzten Text:

„Heute will ich über die Tragödie von Europa sprechen. (...) Allerdings gibt es ein Heilmittel, das – falls angewandt – wie ein Wunder alles verändern und in ein paar Jahren ganz Europa oder einen Großteil Europas frei und glücklich machen könnte, so wie es die Schweiz heutzutage schon ist. Und was ist dieses Allheilmittel? Eine europäische Familie muss geschaffen werden, oder so viel davon wie möglich, und wir müssen diese mit einer Struktur ausstatten, mit der sie in Frieden, Sicherheit und Freiheit leben kann. Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa bauen. (...) Der erste Schritt muss eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein.“ (Übersetzung RW)

[I wish to speak to you today about the tragedy of Europe. (...) Yet all the while there is a remedy which, if it were generally and spontaneously adopted by the great majority of

people in many lands, would as if by a miracle transform the whole scene, and would in a few years make all Europe, or the greater part of it, as free and as happy as Switzerland is today. What is this sovereign remedy? It is to recreate the European Family, or as much of it as we can, and to provide it with a structure under which it can dwell in peace, in safety and in freedom. We must build a kind of United States of Europe. (...) The first step in the recreation of the European Family must be a partnership between France and Germany.’]

Churchill wünschte sich also eine europäische Familie wieder herbei, nach der erlebten europäischen Katastrophe, eine Familie, die Frieden, Sicherheit und Freiheit garantiert (allerdings, wie er später meinte, mit einem Eisernen Vorhang): Die Metapher der Nation als Familie ist nicht neu. Nationen und Nationalstaaten werden sprachlich oft als ein Behältnis, ein Haus, eine Familie wahrgenommen, eine Gemeinschaft, in der sich alle EinwohnerInnen beschützt und gut aufgehoben fühlen. Churchill betont, wie auch Robert Schuman, den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich als wichtigste Errungenschaft nach dem Krieg, aber auch als einen ersten Schritt, dem weitere folgen müssen. Allerdings kann es uns zu denken geben, dass das von Churchill ausgesuchte Vorbild Schweiz gar nicht Mitglied der EU werden will. In der Schuman-Deklaration vom 9. Mai 1950, also zur Feier des 5. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges, steht:

„Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenführung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine de-facto Solidarität schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk muss in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen.“

(Übersetzung RW)

‘L’Europe ne se fera pas d’un coup, ni dans une construction d’ensemble: elle se fera par des réalisations concrètes créant d’abord des solidarités de fait. Le rassemblement des nations européennes exige que l’opposition séculaire de la France et de l’Allemagne soit éliminée. L’action entreprise doit toucher au premier chef la France et l’Allemagne.’
(Robert Schuman, Déclaration, 9 Mai 1950)

Europa ist also – so Schuman – kein fertiges Produkt, sondern ein Projekt, ein schrittweiser Prozess, mit ungewissem Ausgang. Angesprochen wird hier – abgesehen vom Frieden zwischen Deutschland und Frankreich – eine *de facto Solidarität*. Was hat man sich aber heutzutage unter Solidarität, einem allgemein bekannten, manchmal aber auch verpönten Schlagwort, vorzustellen? Solidarität mit wem? Solidarität mit welchen Zielen und Inhalten? Solidarität setzt Vertrauen voraus – aber Vertrauen in wen? Auf diese wichtigen Fragen gehe ich etwas später noch ein.

Nach diesem kurzen Ausflug in die Vergangenheit komme ich zur Diskussion vier essenzieller Widersprüche und sich heutzutage daraus ergebender Problemstellungen für europäische Identitäten:

Einerseits beobachten wir erfolversprechende, wenn auch langwierige Verhandlungen zur Erweiterung der Europäischen Union und auch gerade erfolgte Erweiterungen (Kroatien), andererseits eine Zunahme an Euroskepsis in allen Mitgliedsstaaten. Momentan liegt die Zustimmung zur EU auf einem historischen Tiefpunkt von durchschnittlich 31 Prozent. Euroskeptische Parteien erfreuen sich großen Zuspruchs; Hauptangriffspunkte bilden – so der Tenor solcher Parteien, wie der UKIP in Großbritannien, der Front National in Frankreich, der Schwedendemokraten und verwandter österreichischer Parteien – u. a. der aufgeblähte europäische Verwaltungsapparat, die als zu lax empfundenen Einwanderungsbestimmungen und die aufwändige finanzielle Unterstützung der Krisenländer.

Zum zweiten Widerspruch: Der Vertrag von Lissabon 2009 beinhaltet die Menschenrechts-Charta; diese schreibt im § 41 die Gleichbehandlung aller Bürger und Bürgerinnen unabhängig von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Alter, Religion, Kultur und Sprache fest. Wir aber erleben gerade eine zunehmende Verrohung der politischen Kultur in nationalen politischen Institutionen. Denken Sie etwa an die rassistischen Beschimpfungen und Beflegelungen gegen die italienische Integrationsministerin (sie stammt ursprünglich aus Kenia) durch Parlamentsabgeordnete der Berlusconi-Partei und der Lega Nord (sie wurde unlängst sogar mit Bananen beworfen); oder an die physische Gewalt gegenüber einer Abgeordneten der linksoppositionellen Syriza-Partei vor laufender Fernsehkamera durch ein Mitglied der griechischen Neonazi-Partei Golden Dawn; oder an die öffentlich und

explizit formulierte Forderung, in Zukunft ungarische Abgeordnete jüdischer Herkunft aufzulisten, die ein hochgebildeter Abgeordneter der Jobbik-Partei, ein Diplomat, vor wenigen Monaten im ungarischen Parlament erhoben hat. Es gäbe natürlich noch viele weitere Beispiele zu nennen. In allen Fällen zeitigte eine solche Rhetorik der Ausgrenzung keine unmittelbaren Folgen, keine Rücktritte oder Ausschlüsse, nicht einmal ernsthafte Verwarnungen oder letzte Abmahnungen vor einem Ausschluss. Handelt es sich also um eine opportunistische Anpassung vieler Mainstream-Parteien an rechtspopulistische Forderungen, aus Angst, WählerInnen zu verlieren?

Noch zwei weitere Widersprüche will ich hier nennen: Einerseits fordern Dokumente zur europäischen Sprachenpolitik eine generelle Unterstützung und Verbreitung von Mehrsprachigkeit: Jeder Europäer sollte neben seiner Muttersprache noch zwei andere Sprachen lernen / sprechen. Für die höhere Bildung gilt als Ziel, dass jeder Europäer neben der Staatssprache und der *Lingua franca* Englisch noch zwei Sprachen lernen soll. Dies würde, so die Meinung der Kommission, nicht nur den traditionellen europäischen Werten sozialer Gerechtigkeit und dem Slogan *unity in diversity* entsprechen, sondern auch genuin wirtschaftlichen Interessen. National wird aber von Zuwanderern aus Drittstaaten der Erwerb der Nationalsprache gefordert und gefördert, ungeachtet der offiziellen europäischen Postulate. Das heißt, dass trotz und vielleicht gerade wegen der zunehmenden Globalisierung, Diversifizierung und Digitalisierung unserer Welt, der anzustrebenden Mobilität und Internationalisierung eine Rückkehr zum Nationalstaat stattfindet, eine Rückkehr zu einem anachronistischen Konzept der „Muttersprache“.

Letztlich – und der folgende Widerspruch hängt mit den schon genannten zusammen – sind wir mit ganz unterschiedlichen, ja konträren Identitätskonzeptionen konfrontiert: mit Forderungen nach einer solidarischen EU, wie es bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU am 10. Dezember 2012 explizit zu vernehmen war; oder mit Forderungen nach einer nur ökonomisch zusammengehaltenen EU, wie vom britischen Premierminister David Cameron in einer Rede zur EU am 23. Jänner 2013 betont; mit Forderungen nach einer ausschließlich kulturell definierten EU, in der abendländischen Tradition, wie von manchen rechtspopulistischen Parteien, etwa von Geert Wilders von der holländischen Freiheitspartei oder von Jarosław Kaczyński von der polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit, programmatisch dokumentiert; und schließlich mit Forderungen

nach einer verfassungspatriotischen europäischen Identität mit einer starken zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit, wie vom Philosophen Jürgen Habermas formuliert. Es gibt naturgemäß noch viele andere Narrative, die ich aber hier aus Zeitgründen nicht ausführen kann.

Identitäten setzen immer Grenzen, Inklusions- und Exklusionsprozesse voraus: Die Grenzen zwischen uns und den Anderen sind natürlich nicht ein für alle Mal festgeschrieben; Grenzen können verschoben werden, Zugehörigkeiten ändern sich und werden geändert, abhängig von politischen und anderen Interessen. Auch in unserer europäischen Gesellschaft spielen Grenzen immer noch und immer wieder eine gar nicht paradoxe Rolle, werden manchmal abgeschafft und wieder neu errichtet: Staatsgrenzen, Ländergrenzen, Schengen-Grenzen, Sprachgrenzen. Und damit im Zusammenhang stellt sich die Frage, wer welche Grenzen wann und wie überschreiten darf und kann, und wer wie Zugang zu Bildung, Wohnung und Arbeit, zu Aufenthaltsrecht oder Asyl erwirbt. Dass hier Sprachkenntnisse in den Staatssprachen / Mehrheitssprachen oft entscheidend sind, wissen wir von den in ganz Europa emotional geführten sogenannten „Integrationsdebatten“.

Ich komme nun ausführlicher zum ersten genannten Widerspruch – zwischen einem Streben nach EU-Erweiterung und wachsender EU-Skepsis: Vertrauensverlust hängt mit Verlust von Transparenz und Partizipation zusammen, mit mangelnder Kommunikation zwischen den EU-Institutionen und den europäischen BürgerInnen. Rezente Eurobarometer-Umfragen von 2012 in Deutschland, Spanien, Polen, Italien, Frankreich und Großbritannien zeigen auf, dass die Mehrzahl der jeweiligen Bevölkerung jedwedes Vertrauen in die Europäische Union und ihre Politik verloren hat: So berichtet das britische Qualitätsblatt The Guardian am 24. April 2013 unter anderem, dass 2012 in Polen 42 % den Glauben an die EU verloren haben (das ist ein Anstieg um 24 % seit 2007), in Großbritannien handelt es sich derzeit um 69 %, also um einen Anstieg von 20 % seit 2007, und in Spanien gar um 72 %, das ist ein Anstieg um 49 % seit 2007. Von Griechenland wird berichtet, dass 90 % der Bevölkerung jegliches Vertrauen in die Regierung und in die EU verloren haben. Der Durchschnittswert aller EU-Mitgliedsstaaten in Bezug auf Vertrauen liegt – wie schon erwähnt – auf einem historischen Tiefstand von 31 %, während der Glaube an die nationalen Regierungen etwas gestiegen ist, auf 28 %. 28 % bedeuten allerdings – ehrlich gesagt – eine recht geringe Zustimmung für die Politik der Eliten!

Natürlich spielt bei all diesen Werten auch die momentane Finanzkrise eine Rolle – aber nicht nur, da diese ja nicht alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen betrifft. Es handelt sich auch um Orientierungslosigkeit. Bei aller gebotenen Skepsis Meinungsumfragen gegenüber sollten diese Zahlen nationalen Regierungen und den EU-Institutionen doch sehr zu denken geben! Die Suche nach Alternativen darf nicht überraschen, sowohl was soziale *Grassroot*-Bewegungen betrifft, etwa die weltweiten *Occupy*-Bewegungen, als auch links- und rechtspopulistische Parteien in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten.

In einer rezenten Untersuchung weist der deutsche Politikwissenschaftler Thomas Risse nach, dass die Mehrheit europäischer BürgerInnen zunächst ihre eigene nationale Identität hervorhebt und dann eine europäische – er bezeichnet dies als *inklusive Nationalismus*. Weiter gäbe es, meint Risse, einen *exklusiven Nationalismus*, d. h. BürgerInnen, die sich überhaupt nicht mit Europa identifizieren. Und drittens BürgerInnen, die sich ausschließlich mit Europa identifizieren – dies seien „die Europäer“. Der amerikanische Soziologe Neil Fligstein stellte, auf diesen Ergebnissen aufbauend, fest, dass diese drei Kategorien mit sozialen Schichtungen, bestimmten politischen Einstellungen und Berufsgruppen korrelieren: So seien die sogenannten Europäer eher jünger, mobiler und mehrerer Fremdsprachen mächtig, es handle sich um Wirtschaftstreibende und Akademiker, während die Kategorie der exklusiven Nationalisten meist ältere BürgerInnen erfasst, mit keinen oder wenig Fremdsprachenkenntnissen, konservativ und weniger gebildet.

Folgt daraus etwa, dass die Europäische Union zu einem neoliberalen Eliteprojekt mutiert ist? Oder dass vor allem eine Generationenkluft die Einstellungen zur EU bestimmt? Spielt Bildung tatsächlich eine derart große Rolle? Sind die traditionellen Unterschiede zwischen links und rechts aufgehoben oder haben sich diese verschoben?

Dies führt mich zum zweiten von mir genannten Widerspruch, zwischen den festgeschriebenen Menschenrechten und der wachsenden Tendenz zu rassistischer Rhetorik und Ausgrenzung: Grenzen sind niemals in Stein gemeißelt. Viele europäische BürgerInnen haben in den letzten 100 Jahren selbst oft leidvoll erfahren, wie oft sich Grenzen ändern bzw. geändert werden und sie sich plötzlich in einem anderen Land, einer anderen Nation befanden – bzw. als nicht mehr zugehörig erklärt wurden, sozusagen als „Nichtbürger“ galten.

Die österreichische Schriftstellerin Hazel Rosenstrauch wählte 1988 einen sehr markanten Titel für ihr Buch zur Beschreibung der Ausgrenzung von Juden und Jüdinnen nach dem 12. März 1938: „*Aus Nachbarn wurden Juden!*“ Analog könnte man heute in vielen europäischen Mitgliedsstaaten Sätze wie, „*Aus Nachbarn werden Roma, Türken, Muslime, Juden oder Migranten*“ bilden.

Seit zwei Monaten fahren – zunächst als Pilotprojekt gedacht – in besonders multikulturellen Stadtteilen im konservativ regierten London Busse mit großen Aufschriften, die sogenannte illegale Migranten ermahnen, sich freiwillig bei der Polizei zu melden, um kostenlos nach Hause (außer Landes) gebracht zu werden. Würden sie dies unterlassen, so warnen die Aufschriften, würden sie als kriminell eingestuft. Polizisten sprechen gleichzeitig in London willkürlich ausgewählte dunkelhäutige Menschen an und verlangen deren Aufenthaltsgenehmigungen; natürlich stellt sich oft heraus, dass es sich dabei um britische StaatsbürgerInnen handelt! Dass solche Aktionen eher dazu dienen, Angst zu schüren, ist einsichtig; dass diese gleichzeitig als ein – recht ungeschicktes – Anbieten an die ausländerfeindliche Partei UKIP verstanden werden, überrascht nicht. Diese Aktionen wurden sogar von Nigel Farage, dem Parteiobmann von UKIP, als ungeschickter Schachzug eingestuft und damit bloßgestellt.

Ich komme nun zum dritten Widerspruch, dem Gegensatz zwischen einer europäischen Mehrsprachigkeit und einer nationalistischen Tendenz zur Einsprachigkeit: Nationalstaaten wurden oft mit Kultur- und Sprachgemeinschaften gleichgesetzt; die Zugehörigkeit zu einer Nation bedeutet also Gemeinschaft und Macht. Max Horkheimer hat die affektive Kraft des Nationalismus in den 1930er-Jahren präzise auf den Punkt gebracht:

„Er [der Nationalismus] hilft dem Einzelnen in seiner Einsamkeit und Verlorenheit dadurch, dass er ihm das Bewusstsein gibt, Teil eines Großen, Wertvollen, Mächtigen zu sein.“
(M. Horkheimer „Nationalismus“, in: M. Horkheimer, *Gesammelte Schriften* Band 14: *Nachgelassene Schriften 1949–1972*. Frankfurt/Main: Suhrkamp. 338)

Erinnern Sie sich noch an den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995? An die vielen Ängste, was denn mit „*unserem*“ österreichischen Deutsch passieren könnte? An die Plakate „*Erdäpfelsalat bleibt Erdäpfelsalat*“? und „*Alles bleibt, wie es ißt*“ (mit scharfem s)? Der österreichische Beitrittsvertrag enthält im Protokoll Nr. 10 23 österreichisch-deutsche Begriffe – die meisten bezeichnen Nahrungsmittel wie Topfen, Marille, Paradeiser, Fisolen usw. –, die für die österreichische Identität als relevant gelten, in Abgrenzung zu Deutschland und zur bundesdeutschen Varietät. Hier wurden also bewusst Sprachbarrieren sogar vertraglich errichtet, um nationale Identitäten voneinander abzugrenzen.

Anders verhält es sich in Kärnten, wo am 16. August 2011 der jahrzehntelange Ortstafelstreit in einem feierlichen Festakt beigelegt wurde. Die Angst vor zweisprachigen Ortstafeln symbolisierte nicht so sehr die Angst vor einer anderen Sprache, vielmehr die Angst vor einer autochthonen Minderheit, die Angst vor einem völlig irrationalen – nur in der Fantasie bestehenden – Machtverlust der deutschsprachigen Mehrheit, die Angst vor der Wiederkehr traumatischer Vergangenheiten und vieles andere mehr.

Heutzutage beobachten wir ein Wiederaufflammen alter und auch neuer Nationalismen, oft genug im Gewand der zu erwerbenden Nationalsprache in einem sogenannten Gastland. Die – sehr simple – Argumentation lautet: Wer genügend gut Deutsch, Englisch, Niederländisch, Finnisch, oder Ungarisch kann, der- oder diejenige ist integrierbar. Sprachtests sind zu den (post-)modernen Grenzhütern geworden. Sprachkenntnisse quasi als Eintrittskarte ins „*gelobte Land*“! Selbstverständlich – und niemand Vernünftiger würde dies bestreiten – sind Sprachkenntnisse und eine kommunikative Kompetenz für Zuwanderer notwendig und wichtig. Keineswegs setzen jedoch Sprachkenntnisse andere meist arbiträre Zugehörigkeitskriterien außer Kraft. Und keineswegs schalten sie Diskriminierung, Vorurteile oder mangelnden Respekt aus. Denn Sprachkenntnisse machen sicher angesichts des weiterhin bestehenden *ius sanguinis* in vielen EU-Staaten nicht den „*echten Ungarn oder Österreicher*“ aus.

Ich komme zum vierten Widerspruch und den vorhin in den Raum gestellten Fragen zurück: Gibt es einen gesamteuropäischen Nationalismus? Oder viele Nationalismen, die eine europäische Identität ausmachen? Wie steht es mit der von Schuman beschworenen Solidarität als wichtigem europäischem Wert?

In einem bemerkenswerten Aufsatz von Oktober 2004 stellten vier bekannte Intellektuelle, nämlich Kurt Biedenkopf, Jurist und ehemaliger Präsident des Deutschen Bundestages, Bronisław Geremek, Historiker und ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, Krzysztof Michalski, Philosoph und ehemaliger Direktor des Instituts für die Wissenschaft des Menschen, und Michel Rocard, Abgeordneter des Europäischen Parlaments und ehemaliger französischer Premier, die Frage, was denn Europa überhaupt zusammenhalte. Was seien die oft zitierten europäischen Werte? Schon damals, kurz nach dem sogenannten *Big Bang*, dem EU-Beitritt von zehn Staaten – acht davon aus dem ehemaligen Ostblock – am 1. Mai 2004, warnten die – sicher nicht dem linken Lager zuzuordnenden – Autoren, dass eine rein ökonomische Integration nicht die Kraft besitzen kann, einen politischen Zusammenhalt der EU herzustellen. Die Lissabon-Agenda 2000 hätte demnach keine innere Kohäsion geschaffen, denn – so die Autoren – *„markets cannot produce a politically resilient solidarity“*. Solidarität wird als Produkt einer Zivilgesellschaft definiert, die dem ökonomischen Wettbewerb entgegenarbeitet.

Heute, 2013, realisieren wir alle – nicht nur aufgrund der vorhin zitierten Meinungsumfragen – dass Europa zunächst und vor allem soziale Kohäsion braucht. Diese könnte, so meinen Biedenkopf et al., darin bestehen, dass sich die europäischen Eliten den drängenden Herausforderungen unserer Gesellschaften explizit stellen: der zunehmenden Migration, der wachsenden Ungleichheit, ökologischen Fragen, der Alterung europäischer Gesellschaften und Fragen des Friedenserhalts, in und außerhalb Europas. Ich ergänze hier: auch den wachsenden, oft historisch tradierten Rassismen, der Homophobie und dem Antisemitismus, wobei unterschiedliche Ausgrenzungsmuster und Kombinationen in den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten zu beobachten sind.

Der amerikanische Linguist George Lakoff, ein Diskursforscher wie ich, unterscheidet in seinen Forschungen zu *„Sprache und Politik“* zwei unterschiedliche Bezugsrahmen (sogenannte

„Frames“). Der erste relevante Rahmen, so Lakoff, bezieht sich auf partikulare Werte wie Macht, Reichtum und Eigeninteressen, der zweite auf universale Werte wie soziale Gerechtigkeit und Gemeinschaft. Natürlich gibt es auch Übergänge aber ich beschäftige mich hier kurz mit den beiden einander diametral gegenüberstehenden Positionen und den damit verbundenen Diskursen:

Wenn man sich also eher an Markt und Konsum orientiert, dann ist es schwierig, den anderen Rahmen gleichzeitig mitzudenken; ja noch mehr – der eine Diskurs überlagert den anderen und macht ihn quasi unsichtbar. Der politische Philosoph Michael Sandel, auch ein Amerikaner, bezeichnet dieses sozialpsychologische Phänomen als den *corrosive effect* der Märkte, also die aushöhlende Wirkung des Marktes.

Es geht also um Arbeitslosenzahlen, Statistiken, um Defizite, Wachstum und Sparmaßnahmen, nicht aber um Personen, deren Wohlbefinden und deren Lebenswelten. Menschen werden in einem solchen Diskurs versachlicht. Das heißt in anderen Worten, es bestehen Sprachbarrieren – zwischen einem Markt- und auf Einzelinteressen orientierten Diskurs und einer ebensolchen Politik und einem solidaritätsorientierten Diskurs und einer ebensolchen Politik.

Wie wird aber Solidarität in Zeiten der Krise hergestellt? Darauf geben die vier prominenten Autoren keine Antwort, denn ihre Programmatik stammt aus der Zeit vor der großen Finanz- und Eurokrise.

„Europäische Solidarität“ – ich zitiere weiterhin Biedenkopf et al. – „kann nicht von oben verordnet werden; sie muss mehr als eine institutionelle Solidarität umfassen. Die Europäer selbst müssen sich solidarisch fühlen. Wenn es keine individuelle Solidarität gibt, dann reicht eine institutionelle Solidarität sicherlich nicht aus, um eine Polity zu begründen“.
(K. Biedenkopf, B. Geremek, K. Michalski & M. Rocard, „Concluding Remarks“, in *What holds Europe together?* Budapest: CEU Press. 8–9; Übersetzung RW)

Dafür bedürfe es auch, so die Autoren, einer radikalen Dezentralisierung, Entbürokratisierung und einer oder mehrerer lebendiger europäischer Öffentlichkeiten.

Pointiert könnte man also sagen: Wir brauchen ein Europa der „Gutmenschen“. Ein solches Europa bleibt notwendigerweise eine Utopie, wenn man an die vielen Jugendlichen denkt, die derzeit in mehreren EU-Mitgliedsländern ohne Arbeit und ohne jegliche Perspektive ihr Leben fristen müssen. Der hohe Vertrauensverlust in die EU und in die derzeitige hegemoniale ökonomische Politik kann daher nicht verwundern. Dass als Ausweg und simple Lösung traditionelle und neue Nationalismen wie auch Sündenböcke, also Migranten, Roma, Juden oder Muslime, an Attraktivität gewinnen, darf auch nicht verwundern!

Ich kehre zum Beginn meiner Ausführungen zurück: zur Frage, was denn der Friedensnobelpreis für die Europäische Union bedeutet, wo doch Nationalismen und Sprachbarrieren Teile europäischer Identitäten sind. Ob wir – auch angesichts des Beitritts Kroatiens – tatsächlich von einer europäischen Erfolgsstory sprechen können. Und wie wir zu den so oft zitierten europäischen Werten, den in der Europäischen Verfassung festgeschriebenen Menschenrechten (zurück-)finden.

Leider kann ich Ihnen als Sprachsoziologin kein Rezept liefern.

Aufgrund der bisherigen Überlegungen wird deutlich, dass sich die Europäische Union zurzeit an einem Scheideweg befindet: auf dem Weg zu einer neoliberalen Wirtschaftsunion, ungeachtet und trotz etwaiger Verletzungen der in der Europäischen Verfassung festgeschriebenen Menschenrechte und der Friedensmission.

Die Alternative dazu, also der „ANDERE“ Weg, bestünde im Implementieren der Menschenrechts-Charta, in der Fortsetzung der europäischen Friedensmission nach innen und nach außen, in der Förderung von Partizipation und Demokratisierung, damit auch des Dialogs über Sprach- und nationale Grenzen hinweg. Letztlich der Weg hin zu einer Solidargemeinschaft auch und gerade in Krisenzeiten!

Sicher ist in jedem Fall, dass wir uns alle kritisch im Hinblick auf unsere eigenen Vorurteile hinterfragen sollten. Denn wie das Wachsen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien in den meisten europäischen Mitgliedsstaaten verdeutlicht, haben wir noch lange kein post-rassistisches

Zeitalter erreicht. Allerdings weisen gerade die vielen antirassistischen Gegenöffentlichkeiten (oft auf Facebook oder Twitter) darauf hin, dass sich die Generation der jungen „Europäer“ der Gefahren solcher Ideologien durchaus bewusst ist.

Weiter müssen wir aus unseren Überlegungen schließen, dass sich die europäischen und nationalen Institutionen um mehr Partizipation und Transparenz bemühen und um die Einhaltung der festgeschriebenen Menschenrechte mehr und besser kümmern müssen – denn ansonsten wächst der Vertrauensverlust der BürgerInnen. Hier geht es um das Betonen des Gemeinschaftsrahmens und der universalen Werte und um das Hintanstellen kurzfristiger ökonomischer und realpolitischer Interessen. Es kann nicht sein, dass aufgrund einer „Politik der Angst“ Menschenrechte außer Kraft gesetzt werden! Stete Hinweise auf scheinbar notwendige Sicherheitsmaßnahmen dürfen Europa nicht in eine „Festung“ mit verschlossenen Toren und hochgezogenen Zugbrücken verwandeln, zu der Flüchtlinge keinen Zutritt bekommen. Ansonsten hat der Friedensnobelpreis wohl sein Ziel verfehlt.

Und schließlich kann man auch folgern, dass es ohne eine europäische Zivilgesellschaft – und das sind wir alle – nicht gelingen kann, das europäische Projekt trotz der vielen beschriebenen Sprachbarrieren gemeinsam, also solidarisch, weiterzuentwickeln. Mehr Diskussion und mehr Öffentlichkeit, mehr Partizipation über Sprach- und nationale Grenzen hinweg sind gefragt! Aus meiner soziolinguistischen Expertise beobachtet, entwickeln sich allerorts gerade auch die legistischen Sprachbarrieren zu wesentlichen Hindernissen für eine europäische Solidargemeinschaft.

Welche Sprache sollen wir also sprechen? Dazu bietet Umberto Eco eine mögliche Antwort:

„Ein mehrsprachiges, polyglottes Europa wird niemals zu einem Kontinent werden, wo Menschen sich fließend in allen anderen Sprachen unterhalten; im besten Fall könnte Europa ein Kontinent sein, wo Unterschiede zwischen den Sprachen nicht mehr Kommunikationsbarrieren darstellen, wo Menschen einander treffen und miteinander reden, jeder und jede in der eigenen Sprache; und gleichzeitig, so gut wie möglich, die Sprache der anderen verstehend. Auf diese Weise könnten auch jene, die niemals eine andere Sprache

*fließend beherrschen werden, dennoch einen Einblick in das besondere kulturelle Universum erhalten, das jedes Individuum jedes Mal mit ausdrückt, wenn es die Sprache der Vorfahren und ihrer eigenen Tradition spricht.“ (Umberto Eco, *The Search for a Perfect Language*, Oxford: Blackwells. 351; Übersetzung RW)*

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, besonders in der Sprache der Musik, die keine Grenzen kennt, viel Vergnügen beim Internationalen Brucknerfest Linz 2013.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



O. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Ruth Wodak ist seit 2004 Distinguished Professor for Discourse Studies (für Diskursforschung) an der Lancaster University, UK; außerdem ist sie weiterhin an die Universität Wien affiliert, an der sie 1974 sub auspiciis promoviert und sich 1980 habilitiert hat; 1991 wurde sie als ordentliche Professorin für Angewandte Sprachwissenschaft an die Universität Wien berufen. Abgesehen von einer Vielzahl von Preisen erhielt sie 1996 den Wittgenstein-Preis für Elite-WissenschaftlerInnen. 2010 wurde ihr ein Ehrendoktorat der Universität Örebro, Schweden verliehen. 2009 bis 2011 war sie Präsidentin der Societas Linguistica Europaea, 2011 wurde ihr das Große Silberne Ehrenkreuz für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Sie ist Mitglied der Academia Europaea und der British Academy of Social Sciences.

Ihre Forschungsinteressen betreffen vor allem Diskurs- und Textwissenschaft, Sprache, Medien und Politik, Identitäts- und Vorurteilsforschung sowie auch Migration und Sprachenpolitik.

Gastprofessuren im Ausland: u. a. an der Stanford University (Austrian Chair, 1992/93), University Minnesota (Hill Professorship, 1995), Georgetown University (Washington, D. C., Davis Chair for Interdisciplinary Studies, 2014), University of East Anglia (Norwich, 2004), Universität Uppsala (1992) und Universität Örebro (Kerstin Hesselgren Chair of the Swedish Parliament, 2008).

Sie ist Herausgeberin bzw. Mitherausgeberin der Peer Review Journals *Discourse and Society*, *Critical Discourse Studies* und *Language and Politics* und der Buchreihen *Discourse Approaches to Politics, Society and Culture* (DAPSAC) wie auch *Sprache im Kontext*.

Bisher hat Ruth Wodak 8 Monografien, 26 Monografien als Ko-Autorin, zirka 50 Sammelbände und Handbücher sowie mehr als 300 Aufsätze in renommierten Zeitschriften vorgelegt. Sie publiziert auf Deutsch, Französisch und Englisch; ihre Arbeiten wurden bisher ins Spanische, Italienische, Portugiesische, Polnische, Russische, Japanische, Arabische und Chinesische übersetzt.

Ausgewählte Buchpublikationen:

Das Wort in der Gruppe. Linguistische Studien zur Therapeutischen Kommunikation (1980);

Hilflose Nähe. Mütter und Töchter erzählen (1984);

Wir sind alle unschuldige Täter. Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus in Österreich;

(mit R. de Cillia, H. Gruber, P. Nowak, R. Mitten, J. Pelikan, 1990);

Disorders of Discourse (1996)

Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität (mit R. de Cillia, M. Reisigl, K. Liebhart, M. Kargl, 1998);

The Haider Phenomenon in Austria (mit A. Pelinka, 2002);

Ist Österreich ein „deutsches“ Land? (mit R. de Cillia, 2006);

The Discursive Construction of History. Remembering the Wehrmacht's War of Annihilation

(mit H. Heer, W. Manoschek, A. Pollak, 2008);

The Discursive Construction of National Identity (mit R. de Cillia, M. Reisigl und K. Liebhart, 2009)

Migration, Identity and Belonging (mit G. Delanty, P. Jones, 2011);

The Discourse of Politics in Action: 'Politics as Usual' (Palgrave), revised edition (2011);

Analyzing Fascist Discourse. Fascism in Talk and Text (mit John Richardson, 2013);

Rightwing Populism in Europe: Politics and Discourse (mit Majid KhosraviNik, Brigitte Mral, 2013).

FESTREDNER/INNEN BEIM BRUCKNERFEST LINZ 1977 BIS 2012

1977 Friedrich Heer	1989 Eric J. Hobsbawm	2001 Theo Sommer
1978 Gerhard Klingenberg	1990 Franz König	2002 SAID
1979 Werner Hofmann	1991 Axel Corti	2003 Peter Huemer
1980 Ernst Krenek	1992 Franz Welser-Möst	2004 Anna Mitgutsch
1981 Anton Neumayr	1993 Eduard Goldstücker	2005 Anton Zeilinger
1982 Rolf Liebermann	1994 Peter Turrini	2006 Ari Rath
1983 Fritz Hochwälder	1995 Erika Weinzierl	2007 Konrad Paul Liessmann
1984 Erwin Ringel	1996 Klaus Maria Brandauer	2008 Renan Demirkan
1985 Werner Schneyder	1997 Hildegard Hamm-Brücher	2009 Robert Menasse
1986 Hilmar Hoffmann	1998 Horst-Eberhard Richter	2010 Elfriede Hammerl
1987 Erich Fried	1999 Erika Pluhar	2011 Ludwig Adamovich
1988 Milo Dor	2000 Karlheinz Böhm	2012 Armin Thurnher

Foto: Ruth Wodak

Medieninhaber: Linzer Veranstaltungsgesellschaft mbH
Brucknerhaus, Untere Donaulände 7, 4010 Linz
Tel. +43 (0) 732 7612-0, www.brucknerhaus.at

LIVA – Ein Unternehmen der Stadt Linz